

Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung (LAB) bei der Landesregierung von Baden-Württemberg vom 2. Juli 2019:

„Mobilität von Auszubildenden unterstützen“

Unternehmen können zunehmend ihre angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen, während auf Seiten der Jugendlichen Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze unversorgt bleiben. Diese Passungsprobleme zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage sind in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Künftig muss es deutlich besser gelingen, Jugendlichen die Chancen am Ausbildungsmarkt nahezubringen und so für Berufe mit einem entsprechenden Ausbildungsplatzangebot zu begeistern. Die Partner des Ausbildungsbündnisses haben in diesem Zusammenhang bereits zahlreiche Maßnahmen eingeleitet. Darüber hinaus gilt es, die Mobilität der ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die räumlichen Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt sind eine der wesentlichen Herausforderungen für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Eine nicht unerhebliche Zahl der Auszubildenden muss längere Strecken zu den Berufsschulstandorten, den überbetrieblichen Bildungszentren und zu vom Wohnort weiter entfernt bzw. in einem anderen Bundesland liegenden Ausbildungsbetrieben zurücklegen und ist daher auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr angewiesen.

Bereits heute pendeln 27 Prozent der Auszubildenden in Baden-Württemberg aus ihrem Wohnortkreis in einen Nachbarkreis, um eine Ausbildung zu absolvieren, bei weiteren 10 Prozent liegt der Ausbildungsort weder im Wohnort- noch im Nachbarkreis. Hohe Ticketkosten für Auszubildende, die weder von den Preisvorteilen für Schüler/Schülerinnen noch für Studierende profitieren, stellen dabei eine finanzielle Herausforderung für die Auszubildenden dar und bilden ein wesentliches Mobilitätshindernis.

Vor diesem Hintergrund müssen die Mobilität und damit einhergehend die Bereitschaft junger Menschen, Entfernungen überwinden zu wollen, gefördert werden. Kostengünstige Angebote, die Mobilität auch über die Grenzen von Verkehrsverbänden hinweg ermöglichen, könnten die Bereitschaft von mehr Jugendlichen zur Aufnahme eines wohnortfernen Ausbildungsangebotes steigern. Ein spezielles und aktiv beworbenes Angebot für Auszubildende wäre zudem ein deutliches Zeichen zur Steigerung der Attraktivität der Ausbildung und ein weiterer Ausweis der Gleichwertigkeit von beruflicher Ausbildung und Studium.

Ausgangspunkt für eine Prüfung könnte bezüglich eines verkehrsverbundübergreifenden Ansatzes der sich in der Ausgestaltung befindliche „bwtarif“ sein. Zu prüfen sind zudem innovative Modelle, die es auch kleinen und mittleren Betrieben ermöglichen, die Mobilität ihrer Auszubildenden zu unterstützen. Damit stünde den Betrieben ein zusätzliches Angebot für die Gewinnung von Auszubildenden zur Verfügung.

Der Landesausschuss für Berufsbildung empfiehlt der Landesregierung, ein verkehrsverbundübergreifendes kostengünstiges Angebot für Auszubildende einzuführen. Ein solches Angebot leistet einen Beitrag zur finanziellen Entlastung von Auszubildenden und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses der baden-württembergischen Wirtschaft. Zugleich bildet dieses einen wichtigen Baustein zur Gleichbehandlung beruflicher und akademischer Bildung, steigert die Attraktivität der Berufsausbildung und stärkt den ÖPNV.

Der Landesausschuss für Berufsbildung empfiehlt, zur weiteren Stärkung der Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung und Beförderung der Karrierewege, die Ausweitung dieses Angebotes auf Meisterschüler und Meisterschülerinnen sowie angehende Fachwirte, Fachkaufleute, Betriebswirte etc. zu prüfen.